

Stadt Heidelberg

Heidelberg, den 28.06.2018

Anfrage Nr.: 0060/2018/FZ
Anfrage von: Stadtrat Grädler
Anfragedatum: 12.06.2018

Betreff:

Wohnraum für Menschen mit niedrigem Einkommen

Schriftliche Frage:

Eine Studie der Hans-Böckler-Stiftung zeigte auf, dass Heidelberg bei fehlendem Wohnraum für Menschen mit niedrigem Einkommen (60 bis unter 80 Prozent des Bundesmedianeinkommens) den hier unrühmlichen ersten Platz bundesweit belegt.

1. Welche Maßnahmen sind von städtischer Seite geplant, um diesen Missstand zu beheben?
2. Gibt es in der Stadtverwaltung eine Zuständige / einen Zuständigen, die / der sich speziell mit dieser Problematik befasst?

Antwort:

1. Die über die Hans-Böckler-Stiftung im April 2018 veröffentlichte vielschichtige Studie mit dem Titel „Wie viele und welche Wohnungen fehlen in deutschen Großstädten?“ liegt der Verwaltung vor. Heidelberg ist dabei eine von insgesamt 77 untersuchten deutschen Großstädten.

Bei Studien dieser Art ist genau zu verfolgen, welche Fragestellung vorliegt und welche Daten dafür eingesetzt werden. Im Fall der genannten Studie werden großräumige Mikrozensusdaten, die auf Ebene der Planungsregion Rhein-Neckar (Rhein-Neckar-Kreis und Neckar-Odenwaldkreis zusammen) erhoben werden, auf die Stadtebene Heidelbergs „heruntergerechnet“. Um die Plausibilität der Studie zu prüfen, hat die Stadt die Verfasser nach Erscheinen der Studie um die entsprechenden Unterlagen zu Heidelberg gebeten.

Die vorliegende Studie besagt (S. 69), dass es a) in Heidelberg rechnerisch in der Einkommensgruppe von 60 bis 80 Prozent des Bundesmedianeinkommens einen Versorgungsgrad von rund 74 Prozent gibt. Dementsprechend finden rund 26 Prozent der Haushalte in diesem Segment keine bedarfsgerechte Wohnung und b) dass der Wert für Heidelberg in dieser Kategorie im Vergleich mit anderen Städten im hinteren Feld liegt.

Die Studie besagt nicht, wie in der RNZ-Ausgabe vom 14.04.2018 berichtet wird, dass Heidelberg in dieser Kategorie auf dem letzten Platz liege und für über 40 Prozent der Haushalte dieser Einkommensgruppe keine Wohnung zur Verfügung stünde.

Die Verwaltung sieht ferner eine Versorgungslücke bei Wohnungen für Normalverdiener im mittleren Preissegment. Dies wird durch die Studie ebenfalls bestätigt (Karte S. 74).

Es wird vorgeschlagen, die Frage nach den Wohnungsbedarfen in unterschiedlichen Wohnungsmarktsegmenten für Heidelberg, wie vorgesehen, im Rahmen der bevorstehenden Wohnraumbedarfsanalyse 2035 genauer zu untersuchen.

2. Als Querschnittsthema sind bei der Stadt Heidelberg unterschiedliche Ämter mit dem Thema bezahlbares Wohnen befasst. Dazu gehören das Amt für Stadtentwicklung und Statistik, das Amt für Soziales und Senioren sowie die Wohnbauförderstelle im Amt für Baurecht und Denkmalschutz. Die Bündelung der unterschiedlichen wohnungspolitischen Aktivitäten der Stadt Heidelberg übernimmt die Koordinierungsstelle für strategische Wohnungspolitik im Amt für Stadtentwicklung und Statistik.